

Klaus J. Bade: über die nach wie vor unterschätzte Gefahr der Islamfeindschaft

Gepostet am 16. SEPTEMBER 2013 von LEO BRUX 56 COMMENTS



Auch wenn im Moment die Erregung eher vom Thema Asyl ausgeht – die grassierenden Vorurteile gegen den Islam bleiben gefährlich.

Klaus J. Bade fasst in seinem kurzen Vortrag über die aktuelle wahlpolitische Integrationslage einiges zusammen, das ich [im Artikel zuvor](#) gebracht habe. Hier nun der Teil, den ich hervorheben möchte.

Ich zitiere ihn ausführlich (nach dem [MiGAZIN](#)) – er hat in den Absätzen vorher eine von ihm durchaus geschätzte Expertise erwähnt, die ihm aber in diesem nun folgenden Punkt defizitär zu sein scheint:

Man muss in Deutschland also wohl unterscheiden zwischen den (bei Lochocki dominierenden) allgemeinen, pragmatisch-positiven Einschätzungen von Integration und Integrationspolitik und den (bei ihm nur in einer Nebenbemerkung [S. 6] angedeuteten) bizarren Bewertungen von kultureller Vielfalt unter Berücksichtigung der Religionszugehörigkeit und besonders des Islam.

Belege:

Rund 51 Prozent der Deutschen empfinden Misstrauen und Kulturangst gegenüber dem Islam

Nach der Münsteraner Umfrage von 2010 sahen 72 Prozent der Westdeutschen und 69 Prozent der Ostdeutschen „in der wachsenden Vielfalt der Religionen eine Bedrohung des sozialen Friedens“

Im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern haben auch nur 34 Prozent der Westdeutschen und 26 Prozent der Ostdeutschen ein persönlich positives Bild von Muslimen

42 Prozent der von den Münsteranern befragten Deutschen vertraten die sogar verfassungswidrige Auffassung, dass „die Ausübung des islamischen Glaubens“ stark eingeschränkt werden müsse.

Und nach der 2012 vorgelegten Bielefelder Umfrage hielten rund 40 Prozent der Deutschen Ausländer ganz allgemein für eine Bedrohung und Deutschland insgesamt für „in einem gefährlichen Maß überfremdet“.

Diese Antinomie zwischen Akzeptanz von Integration und Skepsis gegenüber kultureller Vielfalt scheint eine geistige Tretmine aus dem Arsenal des German way of thinking zu sein; denn: Integration und kulturelle Vielfalt sind in der Einwanderungsgesellschaft zwei Seiten der gleichen Medaille. Mehr noch: Mit der wachsenden Akzeptanz der kulturellen Vielfalt wuchsen panikartig die Militanz, Radikalität und Brutalität ihrer angstgetriebenen und

identitätsgestörten, gut vernetzten, zum Teil hochkonspirativ in Kleingruppen arbeitenden Gegner:

Das reicht von durch den Bundesverfassungsschutz demonstrativ tolerierten Netz- und Hetzwerken wie den Internet-Prangern Politically Incorrect oder Madrasa of Time/Time of Counterjihad und Kriegsverbrecher- oder Todeslisten, die ihre Kritiker vogelfrei stellen wie Nürnberg 2.0 oder Chronik Berlin bis hin etwa zu der bundesweit konspirativ organisierten und gefährlichen, weil bewaffneten Terror- und Femegruppe der sogenannten Reichsbürger. Sie bedrohen Synagogen, Moscheen, Behörden und individuelle Kritiker mit Anschlägen und physischer Gewalt bis hin zum Mord. Sie kündigen an, im Netz hängende, zu Gewalttaten einladende Todeslisten final abzuarbeiten. Und das ist zumindest dann nicht lustig, wenn man selbst auf solchen Listen steht.

Naika Foroutan hat das Paradox von Akzeptanz und Abwehr kultureller Vielfalt in Deutschland in die Pointe gefasst: Integration funktioniert, aber „minus Muslime“.

Nach meiner Einschätzung hat die Ausgrenzung der Muslime auf dem viele Deutsche ängstigenden Weg in die Einwanderungsgesellschaft die Funktion einer identitätsstiftenden Selbstvergewisserung durch negative Integration, also Integration des Eigenen durch Abgrenzung vom Fremden.

Das Beispiel von Muslimskepsis und Islamfeindschaft zeigt überdies, dass im integrationspolitischen Parteiendiskurs der Tanz um das goldene Kalb der Einbürgerung als Bekenntnis zur deutschen als der einzigen und in Deutschland allein selig machenden Staatsangehörigkeit im Blick auf die kollektiven Mentalitäten der Deutschen ein Mummenschanz ist, denn: Die Rede von der Einbürgerung als dem krönenden Abschluss der Integration blamiert sich täglich vor der Tatsache, dass auch deutsche Muslime nach ihrer vermeintlichen Läuterung durch den Wechsel der Staatsangehörigkeit eben nicht verschont bleiben von Muslimskepsis und Islamfeindschaft.

Solange das so bleibt, fehlt der gängigen These von der Einbürgerung als Erfolgsnachweis bei der Integration muslimischer Einwanderer das Pendant, nämlich die Einhaltung der Akzeptanz-Spielregeln durch die Mehrheitsgesellschaft.

Umso mehr appelliere ich an die Parteien, jedenfalls in der kommenden Legislaturperiode bei Integrationspolitik als Gesellschaftspolitik auch die kulturellen Identitätsprobleme dieser Mehrheitsgesellschaft auf ihrem Weg in die Einwanderungsgesellschaft einzubeziehen und dabei, gerade nach der NSU-Erfahrung, die zum Teil fließenden Grenzen im Auge zu behalten zwischen Kulturangst, Fremdenfeindlichkeit, Islamfeindschaft, Rechtsextremismus und Neo-Nationalsozialismus.

Die Lage ist ernster als viele glauben: Berlin-Hellersdorf ist nur ein aktuelles Fanal unter anderen. Dort müssen heute schändlicherweise wieder Asyl suchende Flüchtlinge vor ebenso dümmlicher wie aggressiver rassistischer Mobilisierung fliehen. Berlin-Hellersdorf ist von dem tagelangen Pogrom in Rostock-Lichtenhagen zwar dadurch getrennt, dass es heute ein starkes Engagement demokratischer Bürgerinitiativen gibt und dass die Polizei heute nicht mehr durch tatenloses Herumstehen zum passiv duldenden Mittäter wird.

Heute werden dafür auch die kleinteilig organisierten neo-nationalsozialistischen Alltagsterroristen als scheindemokratische Demonstranten von der Polizei geschützt, womit sich die Staatsgewalt wieder einmal vor verfassungsfeindlichen Rechtsextremisten blamiert, denn: Mit

demokratischer Meinungs- und Demonstrationsfreiheit in der Einwanderungsgesellschaft hat die Verbreitung von Pogromstimmung nichts zu tun.

Hoffen wir, dass sich der berühmte Satz nicht erfüllt: Wer seine Geschichte vergisst, ist dazu verdammt, sie noch einmal zu erleben.

In München haben wir immerhin schon mal den ersten Schritt der CSU in die richtige Richtung gesehen: der Hetzer Stürzenberger und seine lokale PI-Truppe wird vom bayerischen Innenministerium als verfassungsfeindlich identifiziert und unter Beobachtung gestellt.

Ich nehme an, dass es in den kommenden Jahren noch einige weitere solcher Schritte geben wird.

Es ist den Unionsparteien ernst damit: Deutschland ist ein Einwanderungsland, braucht weitere Einwanderer, braucht eine Willkommenskultur für sie, braucht erfolgreiche Integration aller hier lebenden ausländischen Einwohner, nach Möglichkeit auch ihre Einbürgerung.

Eigentlich sind sich die fünf Bundestagsparteien darin einig.

Und Innenministerium und Verfassungsschutz werden lernen, dass sie auch muslimische Bürger und Einwohner Deutschlands so schützen müssen, wie sie katholische, protestantische, jüdische oder atheistische Bürger und Einwohner schützen.

Flüchtlinge und Muslime sind die beiden zurzeit in Deutschland am meisten bedrohten, am meisten diskriminierten, am wenigsten verstandenen Minderheiten. Darum wird ihnen auch in Zukunft meine besondere Aufmerksamkeit, meine (manchmal auch kritische) Solidarität gelten.